

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
Liebe Kollegen,

Der Akt, den wir gleich vollziehen werden, erstmals in der Geschichte der deutschsprachigen Gemeinschaft einen Interessenkonflikt einzuleiten, ist unter den bekannten Umständen mit Sicherheit für alle kein einfacher.

Zahlreich sind die Kollegen, die in den letzten Wochen entweder direkt angesprochen worden sind, E-Mails erhalten haben, im Falle Brüssel-Halle-Vilvoorde, keine Unternehmungen zur Einleitung eines Interessenkonflikts zu machen.

Ein Interessenkonflikt kann immer dann eingeleitet werden, wenn die Interessen einer Gemeinschaft, einer Region benachteiligt sind und das Gleichgewicht unseres Bundestaates beeinträchtigen.

Viele haben sich also, zu Recht, die Frage nach dem Interesse unserer Gemeinschaft in Bezug auf die Spaltung des Wahlbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde gestellt.

Im Klartext: Was haben wir mit einem 150 km entfernten Wahlbezirk am Hut? Weshalb sich in einer Problematik einmischen, die zwei Sprachgruppen unseres Landes betreffen? Weshalb das Risiko auf uns nehmen- wir die mit beiden Sprachgruppen unseres Landes immer um ein perfektes Verhältnis bemüht sind- uns in deren Küche ein zu mischen?

Die PFF vertritt die Meinung, dass, in dem hier vorliegenden Fall, sich nicht einmischen auf sich einmischen ist.

Was würde denn geschehen, wenn wir heute beschließen würden nichts zu machen? Den Kelch so zusagen an uns vorbeiziehen zu lassen?

Der Gesetzesvorschlag zu Spaltung des Wahlbezirktes Brüssel – Halle -Vilvoorde würde der Kammer zu Abstimmung vorgelegt werden, mit einer großen Wahrscheinlichkeit, würden die Flamen, die Mehrheitlich in der Kammer vertreten sind diesem Vorschlag zustimmen und die Frankophonen würden daraufhin, laut Artikel 54 unserer Verfassung, die sogenannte Alarmglocke aktivieren und die Föderalregierung hätte noch 30 Tage Zeit eine Entscheidung herbei zu führen.

Wir befänden uns wahrscheinlich in einer „xten“ Regierungskrise, die ganz bestimmt nicht beim Auftakt der Haushaltsdebatten in der Kammer zum jetzigen Zeitpunkt wünschenswert sind.

Ist es doch gerade in diesen turbulenten Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise von ganz besonderer Bedeutung, dass die Politik die Verantwortung übernimmt wichtige und gerechtfertigte Antworten auf die Belange unserer Mitbürger zu geben.

Dies ist übrigens auf allen Ebenen unseres Bundestaates von ganz besonderer Bedeutung, ich denke, dass die Regierungsmitglieder der DG mir da nur beipflichten werden.

Des Weiteren würde ein solches Szenario auch einen bestimmt nicht folgenlosen Präzedenzfall schaffen, da somit, die Verhandlungen für eine weitere Staatsreform eine grundlegende Umstrukturierung unseres Bundestaates schwer gefährdet würden.

Gerade in einem Staate, wie dem unsrigen ist es ganz besonders wichtig, dass die Zukunft der Struktur unseres Zusammenlebens auf verhandelten Lösungen fußt.

Die Geschichte der Autonomieentwicklung unserer Deutschsprachigen Gemeinschaft lehrt uns auch, dass wir von verhandelten Lösungen auch oft großen Nutzen ziehen konnten.

Und, dass verhandelte Lösungen den Zusammenhalt langfristig stärken können, leuchtet in diesem Plenum wohl auch fast (VIVANT...) jedem ein.

Welche Interesse haben wir also nochmal heute einen Interessenkonflikt einzuleiten und wie können wir so konstruktiv zum Zusammenhalt unseres Landes beitragen?

Da jedem hier bewusst ist, dass wir kein direktes Interesse in diesem Dossier haben, müssen wir uns die Frage nach einem übergeordneten Interesse stellen.

Denn wir Deutschsprachigen haben bestimmt ein Interesse daran, auch in Zukunft einem Bundesstaat mit Namen Belgien anzugehören.

Und diesem Interesse folgend, können wir nur für eine verhandelte Lösung auch in Sachen Brüssel–Halle–Vilvoorde plädieren.

Deshalb werden wir als PFF der Einleitung des Interessenkonfliktes zustimmen.